

ATOM

"forum" lo hatte ein längeres Dossier zum Thema Atomenergie veröffentlicht. Ohne Angabe von Gründen hat die Regierung das "Ultimatum" für eine Entscheidung in dieser Sache auf den 31. März 1977 verlängert, so dass

"forum" es für angezeigt hält, nochmals das Thema aufzugreifen. Dies ums mehr, als der Meinungsbildungsprozess, auch und gerade bei den Abgeordneten, keineswegs weiter fortgeschritten zu sein scheint. Wir bringen anschliessend zwei Stellungnahmen zur Atomenergie und ihren Gefahren aus dem kirchlichen Raum, sowie einen Bericht über den interregionalen Jusokongress in Remerschen.

Zudem möchten wir unsern Lesern das WEISSBUCH des "Comité National d'Action pour un Moratoire" empfehlen (80 F auf CCP 2682 von Liliane Stomp-Erpelding, Luxbg. überweisen), das zeigt, dass, im Gegensatz zu den Befürwortern, zumindest die Gegner ihrer Informationspflicht auf hervorragende Art und Weise nachkommen.



INTERREGIONALER KONGRESS DER JUNGSOZIALISTEN ZUM THEMA ATOMENERGIE UND KERNKRAFTWERKE

Am Samstag, den 12. Februar 1977 hatten die Jungsozialisten Luxemburgs zu einem interregionalen Kongress nach Remerschen geladen.

Zum Thema ATOMENERGIE und KERNKRAFTWERKE nahmen die Jungsozialisten aus dem Saarland, aus Lothringen und aus Luxemburg Stellung.

Es scheint mir überflüssig, hier noch einmal auf die einzelnen Argumente gegen ein Atomkraftwerk einzugehen, da "forum" erst vor kurzem ein Dossier zu diesem Thema veröffentlichte. ("forum No 10").

Ich möchte bloss noch einmal wiederholen, dass das Problem der Kernenergie ein politisches Problem ist. Es sind politische Entscheidungen, -wenn in einem Staatsbudget beider Verteilung der Forschungsgelder auf die verschiedenen Zweige die Atomenergie über alles begünstigt wird,

-wenn die Zahlen über die Energiezuwachsprognosen verfälscht oder einfach von der Industrie übernommen werden nur um den Profit zu steigern und öffentliche Entscheidungen zu erzwingen mit dem einzigen Ziel Absatzmöglichkeiten nationaler wie multinationaler Grosskonzerne in unserer kapitalistischen Gesellschaften zu erweitern (ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl des einzelnen Menschen.)

-wenn eine Regierung bestimmt, den Kohleabbau in einer Gegend zu stoppen, um in derselben Gegend andere Energieproduktionen neu anzusiedeln, obschon fast die gesamte Bevölkerung im Kohleabbau beschäftigt war und die neuen Energien meist kapital- und nicht arbeitsintensiv sind,

-wenn bewusst an der Umweltverschmutzung und der Zerstörung der Natur mitgeholfen wird, weil der Gott Geld über allem steht.

Es ist deshalb zu begrüßen dass sich zumindest die Jungsozialisten des Dreiecks Saar-Lor-Lux ihres politischen Einflusses bewusst sind und versuchen, das politische Geschehen zur Frage Energieversorgung in dieser Gegend gemeinsam zu beeinflussen. Sie haben die Wichtigkeit dieser Zusammenarbeit eingesehen und dies während des Kongresses auch klar zum Ausdruck gebracht. Dies hat umso mehr Bedeutung, da hier im Land immer noch Leute glauben, das Problem des Atom Mülls z.B. könnten ja unsere Nachbarn lösen und es sei nicht wichtig, in diesem allesbestimmenden Wirtschaftszweig nach einer rationalen Koordination zu suchen.

Man darf nur hoffen, dass die JSL auch in Zukunft weitere Schritte in Sachen Atomenergie unternehmen werden. Sie können durch diese Arbeit CNAM (Comité d'Action pour un Moratoire) und "Bürgerinitiative Museldall" auf das beste unterstützen, besonders jetzt in der letzten Phase vor der Regierungsabstimmung über das Projekt Remerschen, hoffentlich hat sie den Mut, sich auch gegen die eigene Partei zu stellen, wenn diese für ein KKW stimmen sollte.

Der Kongress unterstrich auch die Wichtigkeit einer grossen Solidarität mit den Bürgerinitiativen. Die Bürgerinitiativen drücken den Wunsch des Volkes aus, sich zu wehren und keine Entscheidungen anzunehmen, die seinen ganzen Lebensraum grundlegend verändern. Das Volk hat keine andere Wahl, um seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, da seine demokratisch gewählten Vertreter hier allzuoft volksfeindliche

Interessen vertreten, wenn auch in allerlei pseudo wichtige und nützliche "Neuerungen" verpackt, oder sich, wie in Luxemburg offensichtlich an der Auseinandersetzung nicht weiter interessieren.

Eine Ausnahme machte in diesem Punkt vor kurzem der Kongress der Sozialistischen Arbeiterpartei der Niederlande. Er stellte sich gegen die offizielle Atompolitik, trotz einiger führender sozialistischer Minister. Könnte man sich das hier bei uns vorstellen ?

Zum Schluss des Kongresses wurde ein Solidaritätsschreiben unterzeichnet für die Manifestation des 19. Februar in Brokdorf und eine gemeinsame Resolution verfasst die ich, aus Platzgründen und da die aufgeführte Argumentation sich schon in unserem Atom-Dossier fand, nur teilweise wiedergebe.:

ek.

"Die Jungsozialisten des Saar-Lor-Lux-Dreiecks demonstrieren durch den gemeinsamen Energiekongress ihre Bereitschaft zur Internationalen Zusammenarbeit aus der Erkenntnis, dass die Probleme der Energieversorgung nicht mehr national zu lösen sind.

Das Grosskapital und seine Repräsentanten fordern derzeit den verstärkten Bau von Atomkraftwerken. Dabei stützen sie sich vorwiegend auf die von der Industrie selbst erarbeitete Schätzung des zukünftigen Energiebedarfs. Die inzwischen weltweite Rezession lässt aber keineswegs auf einen ständig wachsenden Energieverbrauch schließen. (...)

Den Bau der geplanten Atomkraftwerke im Saar-Lor-Lux-Grenzgebiet lehnen die Jungsozialisten aus folgenden, regional bedingten Gründen, ab:

- raumplanerische und natürliche Gegebenheiten bestimmen diese Landschaft vorwiegend zu einem Weinanbau- und Erholungsgebiet;
- Strahlungs- und Unfallgefahren, sowie die Belastung der Mosel stellen ein unzumutbares Risiko für die Bevölkerung der gesamten Region dar;
- das finanzielle Risiko für den luxemburgischen Staat durch den Bau eines Atomkraftwerkes in Remerschen ist nicht zu verantworten.

Die Jungsozialisten sind keine Maschinenstürmer und Fortschrittsgegner. Aber angesichts der vielen ungelösten Probleme der Nuklear-Technologie fordern die Jungsozialisten:

- dass vor jeder nicht wieder rückgängig zu machenden Entscheidung die betreffende Bevölkerung durch einen demokratischen Informations- und Meinungsbildungsprozess bereits in die Planung mit einbezogen wird,
- dass eine Analyse der Unternehmensverflechtungen im Bereich der Industrie und der Finanzen, die durch ihre Macht Investitionen im Energiebereich beeinflussen, durchgeführt und veröffentlicht wird,
- dass eine Analyse des gesamtwirtschaftlichen Nutzens für die betreffende Region vor der Entscheidung über den Bau eines Kraftwerkes erfolgt,
- dass während einer Bedenkzeit sämtliche Alternativen untersucht und die Entwicklung sauberer Energieträger (z.B. Sonnenenergie) massiv gefördert wird,
- dass in der Zwischenzeit gesetzliche und andere Regelungen geschaffen werden, die einer Energieverschwendung Einhalt gebieten,
- dass neue Schätzungen des Energieverbrauchs auf der Basis der Nutzung alternativer Energiearten und unter Rücksichtigung der Energieeinsparungen erfolgen.
- dass kurz- und mittelfristig auch im Sinne der Arbeitsplatzsicherung die Energieversorgung primär auf Kohlebasis gerichtet werden muss,
- dass bis zur endgültigen Lösung sämtlicher Probleme ein Baustop für Kernkraftwerke im Saar-Lor-Lux-Raum durchgesetzt werden muss.

Die Jungsozialisten des Saar-Lor-Lux-Dreiecks fordern ihre Mitglieder und alle fortschrittlichen Kräfte dieser Region auf, alle demokratischen Aktivitäten und Aktionen gegen den Bau der beiden Kernkraftwerke in Remerschen und Cattenom tatkräftig zu unterstützen!"